

# FINANZBUSINESS

## Nach langen Verhandlungen: Einigung im Tarifstreit der öffentlichen Banken

**Durchbruch bei den Verhandlungen der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken mit den Gewerkschaften Verdi und DBV: Beide Seiten haben sich auf ein Gehaltspaket bis 2024 geeinigt. Zudem wurden neue Regeln für Arbeitszeiten und das mobile Arbeiten vereinbart.**



Gunar Feth, Verhandlungsführer der öffentlichen Banken | Foto: VÖB

**VON ULRIKE BARTH**

Veröffentlicht: 01.04.22 11:00 Uhr

Neun Monate haben die Tarifparteien im öffentlichen Bankgewerbe verhandelt, nun ist eine langfristige Einigung unter Dach und Fach - nach immerhin sechs Verhandlungsrunden.

Zentraler Bestandteil zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften ist dabei ein Gehaltspaket für die über 60.000 Beschäftigten der öffentlichen Banken. Er sieht vor, dass in diesem Jahr eine Corona-Sonderzahlung in Höhe von 750 Euro ausgeschüttet wird - was viele Institute auf eine Empfehlung der Verbands öffentlicher Banken (VÖB) hin schon getan haben. Zusätzlich kommt nun eine weitere Einmalzahlung über 300 Euro oben drauf sowie eine Gehaltsanpassung um 3,0 Prozent zum 01. Juli 2022.

Im darauffolgenden Jahr steigt das Gehalt der Beschäftigten ebenfalls Anfang Juli um weitere 2,0 Prozent, zum 1. Januar 2024 wird zudem die wöchentliche Arbeitszeit um eine Stunde reduziert. Diese Stunden können auch am Block genommen werden, wie der Verhandlungsführer der öffentlichen Banken, Gunar Feth, in einem Pressegespräch erläuterte - so dass am Ende auch ein "Freizeiterlebnis" für die Mitarbeiter steht. Die Vereinbarung gilt bis zum 31. Mai 2024.

### **DBV ist zufrieden mit dem Ergebnis**

Gemeinsam mit den Gewerkschaften habe man "ein wirklich sehr gutes Gehaltspaket" für die Beschäftigten geschnürt, das die Folgen der Inflation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Banken spürbar abfedere, kommentiert Feth.

Stephan Szukalski, der Verhandlungsführer des DBV, ist da weniger euphorisch: "Angesichts weiter steigender Inflationsraten hätten wir uns sicher ein höheres Gesamtpaket vorstellen können", sagt Szukalski. Nach neun tariflosen Monaten und einem deutlich verbesserten Arbeitgeberangebot in der sechsten Runde sei das Gesamtpaket aber auch aus Mitarbeitersicht "akzeptabel". Die Gewerkschaft ist allerdings angesichts der steigenden Inflationsraten froh, einen Abschluss erreicht zu haben - auch weil man ein Weiterverhandeln angesichts der derzeit schwer abschätzbaren wirtschaftlichen Entwicklung, nicht zuletzt durch den Ukraine-Krieg, als "sehr riskant" einstufte.

### **2:3-Homeoffice-Regelung**

Auch beim Streitthema mobiles Arbeiten wurde man sich einig: So haben die Beschäftigten künftig einen Anspruch auf mobiles Arbeiten im Umfang von bis zu 40 Prozent der wöchentlichen Arbeitszeit. "Gleichzeitig haben die Tarifparteien auch bei weiteren Modernisierungsthemen Lösungen gefunden", berichtet Feth. So wird mit dem Abschluss die Möglichkeit zur "Entgeltumwandlung zum Zwecke nachhaltiger Mobilität" geschaffen. Gemeint sind damit etwa Regelungen für ein Nahverkehrs-Ticket oder E-Bike-Leasing, das vom Arbeitgeber übernommen wird. Der alte Manteltarifvertrag ließ in punkto Entgeltumwandlung nur Regelungen zur Altersvorsorge zu. "Des Weiteren kann zur Sicherung von Arbeitsplätzen die Arbeitszeit vorübergehend gesenkt werden", erläutert Feth.

VÖB-Geschäftsführer Dominik Lamminger fühlt sich durch den Abschluss in der Entscheidung bestätigt, erstmals seit 1972 eigenständig einen Tarifvertrag für die Mitarbeiter verhandelt zu haben. "Es hat sich bewährt, dass wir als Arbeitgeberverband von Anfang an auf einen offenen und konstruktiven Dialog auf Augenhöhe mit Verdi und DBV gesetzt haben. Dieser Stil wird auch künftig unsere Arbeit prägen", sagte er. Insofern spiegelt die nun getroffene Einigung auch wieder, dass die Bankenwelt sich immer mehr differenziert. "Man kann nur gut verhandeln, wenn man auch homogene Geschäftsmodelle hat", resümiert Verhandlungsführer Veth.

Der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken gehören derzeit 44 VÖB-Mitgliedsinstitute mit rund 60.000 Beschäftigten an, unter ihnen Landesbanken, Förderinstitute, Bausparkassen und einzelne Sparkassen.